

NIEDERSACHSENS MILCHBAUERN



STÄRKEN:

Faire Milchpreise durch Mengenbegrenzung

Durch die von CDU, SPD und FDP gewollte Abschaffung der Milchregulierung (Milchquote) und die Ausrichtung der bäuerlichen Landwirtschaft auf den Weltmarkt mit Massentierhaltung, genmanipuliertem Futter und Agroindustrie sind die Milchpreise katastrophal abgestürzt (zum Teil unter 20 Cent pro Liter). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind wie die Mehrheit der VerbraucherInnen gegen Überproduktion, gegen neue Export- und Stallbausubventionen und für faire, existenzsichernde Milchpreise mit hohen Umwelt- und Tierschutzstandards im ländlichen Raum.

Die Grünen kritisieren hier besonders, dass das Land Niedersachsen sowohl im Agrarausschuss des Bundesrates am 20.10.2008 als auch in der Bundesratssitzung am 7.11.2008 federführend gegen eine wirksame Milchmengenbegrenzung und damit gegen die Stabilisierung eines fairen Milchpreises für die heimischen Milchbauern gestimmt hat. Damit ist sie der großen Masse der Milchbauern in den Rücken gefallen.

I.) Die Grünen im Landtag Niedersachsen stellen dazu fest,

- dass sich die wirtschaftliche Lage der großen Mehrheit der niedersächsischen Milchbauern trotz der Versprechungen und Ankündigungen der Bundes- und der Landesregierung nach den Protesten des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter (BDM) im Sommer des letzten Jahres nicht verbessert hat.
- dass die kurzzeitige Erholung des Milchpreises durch Verringerung der am Markt befindlichen Milchmenge infolge des Milchstreiks und die Zusagen der Lebensmittelkonzerne nicht von Dauer waren.
- dass insbesondere kleine und mittlere Betriebe zurzeit oft gezwungen sind, ihre Milch unter einem kostendeckenden Preis abzugeben.
- dass der Beschluss der EU-Agrarminister, von 2009 bis 2013 jährlich die EU-weite Milchquote um 1 % anzuheben sowie die ersatzlose Abschaffung der Quotenregelung in 2015, die Position der bäuerlichen Milchviehalterinnen und Milchviehalter gegenüber der Agrar- und Milchindustrie weiter schwächt.

II.) Die Grünen fordern die Landesregierung daher nachdrücklich auf, sich im Land und auf EU-Ebene sowie auf nationaler Ebene dafür einzusetzen,

1. dass durch eine stringenter Milchpolitik die nachhaltige Qualitätsmilcherzeugung zu fairen Erzeuger- und Verbraucherpreisen dauerhaft möglich bleibt;

2. dass es gerade in schwierigen Marktsituationen nicht zu weiteren Erhöhungen der Milchquote kommt und dass stattdessen ein gemeinsam mit den bäuerlichen Milcherzeugern zu entwickelndes flexibles und am Bedarf des Marktes orientiertes Milchmengensteuerungssystem geschaffen wird, das kostendeckende Preise für die Landwirte ermöglicht;
3. dass der in Deutschland geltende Umrechnungsfaktor der Milchmenge von 1,02 kg/l auf 1,03 kg/l Milch erhöht wird;
4. dass die Verrechnungsmöglichkeiten für die Milchmengenüberschüsse (Molkerei- und Bundessaldierung) ausgesetzt wird;
5. dass landesweite und regionale Qualitätsprogramme und Qualitätsmarken für gentechnikfreie, tiergerecht erzeugte Milch von bäuerlichen Betrieben entwickelt werden;
6. dass für die Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennbare und eindeutige Herkunftsbezeichnungen auf allen Milchprodukten vorgeschrieben und regionale Kennzeichnungsregeln unterstützt werden;
7. dass die Mittel aus dem Milchfonds nicht zur Intensivierung der Milchproduktion verwendet, sondern zur Etablierung der flexiblen Mengensteuerung und in landesweiten und regionalen Qualitätsprogrammen sowie Qualitätsmarken für gentechnikfreie, tiergerecht erzeugte Milch von bäuerlichen Betrieben eingesetzt werden;
8. dass die Mittel aus der Modulation für die ursprünglich festgelegten Schwerpunkte im EU-Health-Check (Klimawandel, erneuerbare Energien, Wassermanagement und Biodiversität) verwendet werden;
9. dass die Landesregierung sich klar positioniert und den Verkauf von billigster Milch sowie die Gewährung von Exportfördermitteln für Milch in Entwicklungsländer ablehnt.

Kurzfristig ist alles zu tun, um die Menge insgesamt zu senken und den Preis damit spürbar zu erhöhen, um ein massives Bauernsterben zu vermeiden.

III.) Zur Position der Grünen Landtagsfraktion in der Milchpolitik:

Milchmengensteuerung der Milchmarktsituation anpassen

Auf dem Milchgipfel der Bundesregierung am 29.7.2008 wurde unter Beteiligung der Landesregierungen, der Bauernverbände, der Molkereien und dem Handel ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, das kurz- und mittelfristig Mengen begrenzend wirken würde.

Dagegen führen die im Agrarausschuss des Bundesrates am 20.10.2008 und in der Bundesratssitzung am 7.11.2008 gefassten Beschlüsse nun dazu, dass die am Markt befindliche Milchmenge steigt, was zum Sinken des Milchpreises führt. Schon ein Milchpreisrückgang von 1 Cent/kg Milch beschert den deutschen Milcherzeugern einen Einkommensrückgang um 280 Mio. Euro jährlich. Dieser Wortbruch der meisten Bundesländer führt dazu, dass die von der Mehrheit der Milchviehhalter und dem Bund deutscher Milchviehhalter (BDM) angestrebte flexible Milchmengensteuerung ("Milchboard") verhindert wird.

Einzig die bedarfsorientierte Verringerung der Milchmenge am Markt kann zu kostendeckenden, stabilen Preisen führen. Die gefassten Beschlüsse verstärken dagegen den zu beobachtenden Strukturwandel in der Milchviehhaltung zugunsten von Exportinteressen der Milchindustrie und zugunsten von riesigen Großbetrieben. Das Land Niedersachsen hat es, z.B. im Gegensatz zu Bayern, versäumt, rechtzeitig die richtigen Signale für eine wirksame Mengensteuerung im Markt zu setzen.

Die Verlierer der Quotenerhöhung: bäuerliche Betriebe und die Umwelt

Die bäuerlichen Milchviehhalterinnen und Milchviehhalter sind die Verlierer der aktuellen Preisentwicklung auf dem Milchmarkt. Denn durch die fallenden Preise sind viele Erzeuger gezwungen, die Milch unterhalb der Produktionskosten an Molkereien abzugeben. Die in der Bundesratssitzung am 7. November 2008 beschlossene gleichmäßige Verteilung der im April 2008 erfolgten Quotenerhöhung um 2 % auf alle Milcherzeuger wird den Preisdruck auf die bäuerlichen Betriebe noch verstärken. Den Vorschlägen, die Milchmenge durch eine Einbehaltung der Quotenerhöhung in der Bundesreserve, eine Erhöhung des Umrechnungsfaktors auf 1,03 kg/l Milch und eine Aussetzung der Molkerei- und Bundessaldierung zu begrenzen, folgte die Mehrheit der Bundesländer nicht – allen voran Niedersachsen.

Nach einer aktuellen Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vom November 2008 sind 75,5 % der Bundesbürger für eine Begrenzung der Milchmenge auf den heimischen Bedarf und 60,6 % für eine Kürzung der Agrarsubventionen zugunsten von mehr Klima- und Umweltschutz: eine Erhöhung der Milchquote um 5 % würde nach Schätzungen allein in Deutschland die jährlichen Treibhausgasemissionen um rund eine Million Tonnen CO₂ erhöhen – das entspricht dem Klimagasausstoß von etwa einer halben Million Autos.

Es muss gerade im Zusammenhang mit den aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrisen festgestellt werden, dass Märkte effiziente Regeln brauchen. Die Milchbauern fordern genau diese Regeln und nicht in erster Linie frisches Geld, wie es mit dem Milchfonds beschlossen wurde – gefordert vom Bauernverband und umgesetzt von Landesregierung, Bundesregierung und europäischem Ministerrat.

EU-Exportsubventionen zerstören Märkte in den Entwicklungsländern

Profitieren vom sinkenden Milchpreis wird die exportorientierte Milchindustrie. Entwicklungspolitische Konflikte sind vorprogrammiert, wenn billigste Milch und Milchprodukte aus der EU die heimische Produktion in Entwicklungsländern durch Export-Dumping zerschlägt. Dies fördert eine den Analysen und den Empfehlungen des Weltagrarrates zur Entwicklung der ärmsten Länder der Welt und zur Dezimierung des Welthungers diametral entgegengesetzte Politik. Eine verstärkte Exportförderung im Milchbereich muss darum als nicht zielführend abgelehnt werden.

Im Interesse einer nachhaltigen Milchpolitik für Niedersachsen ist es, die bäuerlichen Betriebe zu stärken. Problematisch für milcherzeugende Betriebe ist in der derzeitigen Situation nicht nur die Höhe, sondern auch die fehlende Verlässlichkeit des zu erwartenden Einkommens. Die starken Schwankungen der Milchmarktpreise bieten

kaum die Sicherheit, um die eigene Produktion stärker an ökologischen Kriterien auszurichten oder sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen.

Gentechnikfreie, regionale und tiergerecht erzeugte Milch

Ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Position der Milcherzeuger am Markt kann neben der Einführung eines flexiblen Mengensteuerungssystems die Entwicklung von Qualitätsmarken für gentechnikfreie, tiergerecht erzeugte Milch von bäuerlichen Betrieben sein. Profitieren würden nicht nur die Milcherzeuger, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher, da erst durch die klare Kennzeichnung eine bewusste Kaufentscheidung ermöglicht wird. Deshalb sind die Mittel aus dem Milchfonds, die auf Niedersachsen entfallen, auf keinen Fall für die Schaffung zusätzlicher Produktionskapazitäten zu verwenden, sondern ausschließlich für die genannte Qualitätsentwicklung im Milchsektor zu verausgaben.

Der Milchfonds von Regierung und EU kann die Verluste der Bauern durch die geplante Deregulierung der Milchmengenregelung keinesfalls auffangen. Mit 7,8 Milliarden Euro beziffert die EU-Kommission die Verluste europaweit. Laut Bund Deutscher Milchviehalter (BDM) bedeutet dies einen Verlust von 5 Cent pro Kilo Milch. Zudem wäre die Erhöhung der Agrarinvestitionsförderung, auf die das Landwirtschaftsministerium einen Schwerpunkt des Milchfonds legen will, höchst kontraproduktiv für die besonders gefährdeten bäuerlichen Milchviehbetriebe in strukturschwachen Gebieten. Mit der geplanten Investitionsförderung würde nämlich gerade die intensive Milchproduktion auf ertragreichen Grünlandstandorten weiter ausgebaut und optimiert, wodurch sich der Konkurrenzdruck auf die benachteiligten Gebiete mit extensiver Bewirtschaftung weiter erhöht.

Ein verbessertes System von Herkunfts-, Regional-, sowie Qualitätskennzeichnungen kann den Verbrauchern helfen, nachhaltig produzierte Produkte besser zu erkennen und nachzufragen.

Stand: Juli 2009

Christian Meyer,

agrarpolitischer Sprecher
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf Platz 1
30159 Hannover
Tel: 0511-30303306
Fax: 0511-3030993306
E-Mail: Christian.Meyer@lt.niedersachsen.de
www.christian-meyer-gruene.de

